



Anschlag auf Einkaufszentrum in Israel



Heute Abend ereignete sich ein Raketen-Anschlag in der israelischen Küstenstadt Aschkelon auf das Einkaufszentrum „Huzot“. Bei dem Angriff wurden fünfzehn Menschen verletzt. Unter den Verletzten befindet sich auch ein dreijähriges Mädchen. Mindestens vier Menschen waren zeitweilig unter Trümmern eingeklemmt, konnten aber mittlerweile befreit werden.

Die [Jerusalem Post](#) und auf deutsch die [Bild](#) berichten über den brutalen Anschlag auf eine Einrichtung, die ziviler nicht sein könnte.

Das kleine Mädchen, seine Mutter, ein weiteres Kind und noch eine Frau wurden schwer verletzt, als die Rakete durch das Dach des Einkaufszentrums einbrach.

Aschkelon, eine Stadt mit rund 100.000 Einwohnern, liegt an der israelischen Mittelmeer-Küste und ist nur 15 km vom Gazastreifen entfernt, von wo das Geschoss abgefeuert wurde.

Die Gruppe „Islamischer Dschihad“ und das „Populäre Widerstands-Komitee“ haben sich bereits zu dem Anschlag bekannt.

Fast täglich fliegen aus Gaza die Raketen, was die Weltöffentlichkeit einfach so zur Kenntnis nimmt. Nur wenn eine in eine öffentliche Einrichtung einschlägt, wie heute, erwacht ein kurzzeitiges Interesse. Dass die Hamas-Raketen bis nach Aschkelon reichen, ist allerdings auch neu. In Israel vermutet man, die Grad-Raketen, die eine grössere Reichweite haben, als die üblicherweise von den Palästinensern verwendeten Kassams, stammten aus dem Iran – ein Teil der Kriegsführung Teherans gegen Israel.

Israels Ministerpräsident Ehud Olmert droht nach diesem Angriff der radikal-islamischen Hamas in Gaza jetzt mit einem Militärschlag:

„Wir hoffen, dass wir nicht mit einer militärischen Stärke gegen die Hamas vorgehen müssen, wie sie Israel noch nicht ernsthaft eingesetzt hat“.

Doch wie viel immer Israel leiden muss: Es wird immer welche geben, die dies nicht sehen wollen und behaupten werden, Israel sei der „böse Aggressor“.

(Mit Dank an die zahlreichen Spürnasen)

Österreich in den Fängen der Muslimbruderschaft



Auch in Österreich gibt es sie, die abgeschottete islamische Gesellschaft, für die unsere Zivilisation verachtenswert und Integration ein Gräuel ist. Sie wollen nicht Teil der europäischen Zivilisation werden, sondern die hiesige Gesellschaft ihren Bedürfnissen anpassen – früher nannte man ein derartiges Vorgehen Kolonialisierung.

Das österreichische Nachrichtenmagazin *X-Large* berichtet über den [zunehmenden Druck der Muslimbruderschaft und anderer islamischer Bewegungen auf die westliche Gesellschaft:](#)

2001 wurden in der Schweiz bei einer Razzia Unterlagen gefunden, in denen die totalitäre Infiltrations-Ideologie der Muslim-Bruderschaft beschrieben wird. Auf ihrer europäischen Webseite (ikhwanweb.com) bezeichnen sich die Muslimbrüder offen als Islamisten und machen kein Hehl aus ihren Zielen. Leider haben nationale Politiker bisher die Bedeutung dieser Zielsetzungen nicht verstanden.

*Ziel der Muslim-Bruderschaft ist es, den „Iqhwān“ in jedem Land zu errichten; darunter verstehen sie eine **Gesellschaftsordnung, die von den Muslimbrüdern beherrscht wird**. Zur Erreichung dieses Zieles geben sie vor, besonders gute Moslems zu sein, nützen den Islam jedoch nur für ihre Zwecke aus. Sie verwenden religiöse Regeln und Gründe jeweils in der Art, die ihren Zwecken nützt, was einem strenggläubigen Moslem nie einfallen würde. Damit nehmen sie Einfluss auf politische Funktionen und Behörden, da sie sich als anpassungsbereit und dialogfähig darstellen. In der Öffentlichkeit lehnen sie alles ab, das nicht mit ihren Vorstellungen in Einklang steht. Unter der gleichen Vortäuschung bauen sie ein eigenes Bildungssystem auf, das angeblich dem Islam dienen soll, tatsächlich aber die*

politischen Ziele der Muslimbrüder fördert.

Innerhalb des Islam wirkt die Muslim-Bruderschaft wie eine Sekte mit einem totalitären Machtanspruch, der sich gegen Moslems und Andersgläubige gleichermaßen richtet. Wenn es ihren Interessen dient, sind sie auch zu unislamischen Kompromissen bereit, einen eigenen islamischen Weg haben sie in Wahrheit nicht.

Doch die Gefahr geht nicht allein von den extremen Muslimbrüdern aus:

*Angelpunkt der österreichischen Islamisten ist die als Verein geführte „Islamische Glaubensgemeinschaft“ (IGGÖ), mit ihren knapp 2000 eingetragenen Mitgliedern. Die IGGÖ gibt sich zwar gerne als religiöse Vertretung der Muslime in Österreich aus, vertritt aber tatsächlich ihre eigenen politischen Interessen. Richtig ist, daß die IGGÖ das religiöse und organisatorische Leben aller Muslime in Österreich bestimmen will, jedoch nur sehr wenige vertritt. Der Vorsitzende Anas Schakfeh lässt sich in den Medien gern Professor und Doktor nennen (dar-al-janub.net). Im Vorstand der IGGÖ sitzen viele Muslimbrüder, gemischt mit „Milli Görüs“-Vertretern. Die staatliche Aufsicht, der die Islamische Glaubensgemeinschaft eigentlich unterliegen sollte, findet nicht statt, da die Behörden nicht den Mut dazu aufbringen. **Die Radikalen und Fundamentalisten können somit tun und lassen, was sie wollen.***

*Zusätzlich zu den Organisationen des „Iqhwān“ ist in Europa die vom früheren türkischen Ministerpräsidenten Erbakan gegründete, radikal-fundamentalistische Organisation „Milli Görüs“ aktiv, in Deutschland als Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) bekannt. Erbakan erklärte 2001: „Die Europäer glauben, dass die Muslime nur zum Geldverdienen nach Europa gekommen sind. **Aber Allah hat einen anderen Plan**“. Die der Muslim-Bruderschaft nahestehende Organisation „Hizb-ut-Tahrir“ (Partei der Befreiung) wurde 1952 durch den Scharia-*

Richter Taqi al-Din al-Nabhani gegründet und fordert die Wiederherstellung eines weltweiten islamischen Kalifats. Obwohl diese Organisationen Rechtssysteme „Ungläubiger“ nicht anerkennen wollen, sondern totalitäre politische Ziele verfolgen, können sie in Österreich offen auftreten. Das von ihnen ausgehende Sicherheitsrisiko wird nicht wahrgenommen.

Von Taqiyya ist hier keine Spur. Die Ziele der Organisationen liegen klar auf dem Tisch: Europa soll in den Würgegriff genommen und in ein islamisches Kalifat umgewandelt werden. Dennoch werden diejenigen, die es wagen, diese offen verkündeten Ziele anzusprechen, wie Verbrecher an den Pranger gestellt. Denn selbstverständlich „hat dies alles nichts mit dem Islam zu tun“.

(Spürnase: Bernd)

Islamischer Lifestyle: „Jesus was a Muslim“



Durch *EuropeNews* sind wir auf einen [interessanten neuen Lifestyle-Trend](#) aufmerksam geworden: „Melo Kesmen das Konzept für Styleislam, ein Label, das T-Shirts und Sweatshirts,

Stickers, Tassen und Babylätzchen für „junge und jung gebliebene“ Muslime produziert. *StyleIslam* ist nur eines von mehreren Online-Versandhäusern mit Sitz in Deutschland, die entsprechende Produkte verkaufen.“ Lesen Sie [hier](#) dazu weitere Infos.



60 Jahre neue Hoffnung



Am Freitag, 14. Mai 1948, ging das britische Mandat über Palästina um Mitternacht zu Ende. Am gleichen Tag um 16.00 Uhr verlas David Ben Gurion, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Jewish Agency, des vorstaatlichen Leitungsgremiums der jüdischen Bevölkerung in Palästina, die Unabhängigkeitserklärung und proklamierte die Gründung des Staates Israel.

Die [Unabhängigkeitserklärung im Wortlaut](#):

Im Lande Israel entstand das jüdische Volk. Hier prägte sich sein geistiges, religiöses und politisches Wesen. Hier lebte

es frei und unabhängig, hier schuf es eine nationale und universelle Kultur und schenkte der Welt das ewige Buch der Bücher.

Durch Gewalt vertrieben, blieb das jüdische Volk auch in der Verbannung seiner Heimat in Treue verbunden. Nie wich seine Hoffnung. Nie verstummte sein Gebet um Heimkehr und Freiheit.

Beseelt von der Kraft der Geschichte und Überlieferung, suchten Juden aller Generationen in ihrem alten Lande wieder Fuß zu fassen. Im Laufe der letzten Jahrzehnte kamen sie in großen Scharen. Pioniere, Verteidiger, Einwanderer, die trotz Blockade den Weg in das Land unternahmen, erweckten Einöden zu Blüte, belebten aufs neue die hebräische Sprache, bauten Dörfer und Städte und errichteten eine stets wachsende Gemeinschaft mit eigener Wirtschaft und Kultur, die nach Frieden strebte, aber sich auch zu schützen wusste, die allen im Lande die Segnungen des Fortschritts brachte und sich vollkommene Unabhängigkeit zum Ziel setzte.

Im Jahre 1897 trat der erste Zionistenkongress zusammen. Er folgte dem Rufe Dr. Theodor Herzls, dem Seher des jüdischen Staates, und verkündete das Recht des jüdischen Volkes auf nationale Erneuerung in seinem Lande. Dieses Recht wurde am 2. November 1917 in der Balfour-Deklaration anerkannt und auch das Völkerbundsmandat bestätigt, das der historischen Verbindung des jüdischen Volkes mit dem Lande Israel und seinem Anspruch auf die Wiedererrichtung seiner nationalen Heimstätte internationale Geltung verschaffte.

Die Katastrophe, die in unserer Zeit über das jüdische Volk hereinbrach und in Europa Millionen von Juden vernichtete, bewies unwiderleglich aufs neue, dass das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel gelöst werden muss, in einem Staat, dessen Pforten jedem Juden offen stehen, und der dem jüdischen Volk den Rang einer gleichberechtigten Nation in der Völkerfamilie sichert. Die Überlebenden des

schrecklichen Nazigemetzels in Europa sowie Juden anderer Länder scheuten weder Mühsal noch Gefahren, um nach dem Lande Israel aufzubrechen und ihr Recht auf ein Dasein in Würde und Freiheit und ein Leben redlicher Arbeit in der Heimat durchzusetzen.

Im zweiten Weltkrieg leistete die jüdische Gemeinschaft im Lande Israel ihren vollen Beitrag zum Kampfe der friedens- und freiheitsliebenden Nationen gegen die Nazimächte der Finsternis. Mit dem Blute ihrer Soldaten und ihrem Einsatz für den Sieg erwarb sie das Recht auf Mitwirkung bei der Gründung der Vereinten Nationen.

Am 29. November 1947 fasste die Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Beschluss, der die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel forderte. Sie rief die Bewohner des Landes auf, ihrerseits zur Durchführung dieses Beschlusses alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Die damalige Anerkennung der staatlichen Existenzberechtigung des jüdischen Volkes durch die Vereinten Nationen ist unwiderruflich.

Gleich allen Völkern ist es das natürliche Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit selbst zu bestimmen.

Demzufolge haben wir, die Mitglieder des Nationalrates, als Vertreter der jüdischen Bevölkerung und der zionistischen Organisationen, heute, am letzten Tage des britischen Mandates über Palästina, uns hier eingefunden und verkünden hiermit kraft unseres natürlichen und historischen Rechtes und aufgrund des Beschlusses der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel – des Staates Israel.

Wir beschließen, dass vom Augenblick der Beendigung des Mandates, heute um Mitternacht, dem sechsten Tage des Monats Ijar des Jahres 5708, dem 15. Mai 1948, bis zur Amtsübernahme durch verfassungsgemäß zu bestimmende Staatsbehörden, doch

nicht später als bis zum 1. Oktober 1948, der Nationalrat als vorläufiger Staatsrat und dessen ausführendes Organ, die Volksverwaltung, als zeitweilige Regierung des jüdischen Staates, wirken sollen. Der Name des Staates lautet Israel. Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offen stehen. Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird allen seinen Bürgern, ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.

Der Staat Israel wird bereit sein, mit den Organen und Vertretern der Vereinten Nationen bei der Durchführung des Beschlusses vom 29. November 1947 zusammenwirken und sich um die Herstellung der gesamtpalästinensischen Wirtschaftseinheit bemühen.

Wir wenden uns an die Vereinten Nationen mit der Bitte, dem jüdischen Volk beim Aufbau seines Staates Hilfe zu leisten und den Staat Israel in die Völkerfamilie aufzunehmen. Wir wenden uns – selbst inmitten der mörderischen Angriffe, denen wir seit Monaten ausgesetzt sind – an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufrufe, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen.

Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit dem selbstständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der

Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.

Unser Ruf ergeht an das jüdische Volk in allen Ländern der Diaspora, uns auf dem Gebiete der Einwanderung und des Aufbaus zu helfen und uns im Streben nach der Erfüllung des Traumes von Generationen – der Erlösung Israel – beizustehen.

Mit Zuversicht auf den Fels Israels setzen wir unsere Namen zum Zeugnis unter diese Erklärung, gegeben in der Sitzung des zeitweiligen Staatsrates auf dem Boden unserer Heimat in der Stadt Tel Aviv. Heute am Vorabend des Schabbat, dem 5. Ijar 5708, 14. Mai 1948.

» Die Grußbotschaft des israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres an die jüdischen Gemeinden in der Diaspora zum 60-Jahr-Jubiläum finden Sie [hier auf deutsch](#).

» Der Botschafter des Staates Israel in der Schweiz, S.E. Ilan Elgar, war am Donnerstag, 8. Mai, Gast in der Sendung *Tagesgespräch* von Schweizer Radio DRS. Zu hören [hier](#).

Quelle: [Gesellschaft Schweiz-Israel](#)

SPD will Ehegattennachzug erleichtern

❌ Bei der Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes im letzten Jahr wurde unter anderem das Nachzugsalter für Ehepartner auf 18 Jahre heraufgesetzt, sowie ein Minimum an Deutschkenntnissen für Zuzugswillige verlangt. Beides geschah zur Wahrung elementarer Menschenrechte. Junge, meist türkische

Mädchen sollten vor einem Sklavendasein in der Familie des Ehemannes und ohne Sprachkenntnisse in einem fremden Land bewahrt werden. (Foto: Rüdiger Veit, migrationspolitischer Sprecher der SPD)

Mit Erfolg. Die Zahl der Ehegattennachzüge aus der Türkei verringerte sich um zwei Drittel. Grund genug für die SPD, [Alarm zu schlagen](#). Sie möchte die Kriterien wieder aufweichen, um dem jungen Unglück nicht im Weg zu stehen.

SPD und Opposition haben Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) aufgefordert, den Ehegattennachzug von Ausländern wieder zu erleichtern. „Es gibt keine Veranlassung, die hartherzigen Abschottungstendenzen aufrechtzuerhalten“, sagte der migrationspolitische Sprecher der SPD, Rüdiger Veit, am Freitag im Bundestag.

Aus dem Schutz junger Mädchen vor lebenslangem Gefangenendasein mit regelmäßigen Vergewaltigungen wird „Hartherzigkeit“. Bravo, Herr Veit, eine erstaunliche Orwell'sche Glanzleistung! Necla Kelek beschreibt in „[Die fremde Braut](#)“ eindrucksvoll, welches Schicksal den Mädchen in diesen „Ehen“ blüht. Auch Seyran Ates und Hirsi Ali können ein Lied davon singen. Sie alle drängen auf die Erhöhung des Nachzugsalters für Ehepartner und ein Erlernen der Landessprache als minimale Voraussetzung für die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Ihnen ist das egal, nicht wahr? Die Multikulti-Doktrin steht schließlich über solchen Kleinigkeiten wie den Menschenrechten. Ebenso wie auch anderen Dummschwätzern wie der FDP-Politikerin Sibylle Laurischk. Sie

warf der Bundesregierung vor, sie habe „Ehen zweiter Klasse“ geschaffen.

denn die Regelung gelte ja gar nicht für Ehepartner aus Ländern wie den USA, Japan oder Australien. Das stimmt uns auch nachdenklich, hört man doch von massenhaft importierten

minderjährigen Bräuten aus den USA, Japan und Australien!

(Spürnase: proD)



Wahlbetrügereien bei den Jusos



Was Jungsozialisten von Demokratie halten, nämlich nichts, das erläutert Christian Reinke (Foto), ehemaliges Jusos-Bundesvorstandsmitglied, unter allgemeiner Heiterkeit auf dem Jusos-Bundeskongress 2007 in Wolfsburg. Unfassbar, wie die Verletzung demokratischer Spielregeln mit sichtlichem Stolz offen eingestanden wird.

(Spürnase: Petra B., Fenris)



Ein Terrorist und Hassprediger als Kadertrainer



Die Skandale um die Schweizer Außenministerin Micheline Calmy-Rey lassen nicht nach. Jetzt wurde sogar bekannt, dass Azzam Tamimi (Foto), ein in Großbritannien als Hassprediger bekannter Terror-Befürworter und gebürtiger Palästinenser, zweimal als Experte zu Kaderseminaren des Bundes in der Schweiz eingeladen wurde. Das EDA (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten), dem Bundesrätin Calmy-Rey (SP) vorsitzt, hat dies bereits bestätigt.

Tamimi ist in Großbritannien indessen kein Unbekannter: Ihn einzuladen ist nach Einschätzung von Menschenrechtlern ein „Affront gegen die Demokratie“. Auch die Christlichdemokratische Volkspartei CVP zeigte sich mittlerweile besorgt über Calmy-Reys „einseitige und [verschleierte](#), Nahostpolitik“.

20 Minuten [berichtet über den EDA-Terror-Skandal](#):

Der umstrittene Hamas-Sympathisant Azzam Tamimi, der am Sonntag in Genf auftreten soll, ist zweimal vom Außendepartement (EDA) als Experte zu Kader-Seminaren eingeladen worden. Dies bestätigte EDA-Sprecher Jean-Philippe Jeannerat. Anders als von Tamimi verbreitet, sei er aber nie als Berater des Bundesrates tätig gewesen.

Vorfälle wie dieser führen dazu, dass sich mittlerweile alle großen Schweizer Parteien – mit Ausnahme der SP und der Grünen – mehr und mehr von der Außenministerin distanzieren:

*Tamimi ist **bekennender Befürworter von Selbstmordattentaten gegen Israel**. Entsprechend groß ist das Unverständnis für die Einladungen des Bundes: „Das belegt die These einer unausgewogenen Außenpolitik“, sagt Nationalrätin Christa Markwalder (FDP, Bern). Das Thema werde bei der nächsten Sitzung der Außenpolitischen Kommission diskutiert. „Skandalös“, sagt SVP-Sprecher Alain Hauert. „Für uns ist es unhaltbar, dass mit solchen Leuten zusammengearbeitet wird.“ Deutlich auch die CVP, die laut Sprecherin Marianne Binder eine Erklärung von Calmy-Rey erwartet: „Ihre einseitige und ‚verschleierte‘ Nahostpolitik verfolgen wir schon länger mit Sorge. Schließlich soll die Außenministerin die Schweiz vertreten. Sie hat keine Sendung in eigener Sache.“*

In Großbritannien ist Tamimi berühmt-berüchtigt. Sogar im Land der „political correctness“ gilt er klar als „Hassprediger“ – [so bezeichnet ihn auch die Times](#).

Er selber macht aus seiner Faszination für islamistische Heldenfantasien kein Geheimnis – er würde selber am liebsten als Märtyrer sterben. 20 Minuten zitiert ihn aus einem Interview mit der BCC. Dort sagte er:

„Es wäre eine noble Sache, mich für Palästina zu opfern. Es

ist der direkte Weg, Gott zu gefallen und ich würde es tun, wenn ich die Gelegenheit hätte.“

Der britische Menschenrechtsaktivist Peter Tatchell kritisierte gegenüber *20 Minuten* die Rolle, die Tamimi mit den Seminaren des Bundes gegeben wurde, mit scharfen Worten:

„Die Einladungen in die Schweiz sind ein Affront gegenüber der Demokratie, den Menschenrechten und moderaten Muslimen. Es gäbe genügend fortschrittliche Muslime, die den Terror nicht unterstützen und die dafür passender und besser qualifiziert wären.“

(Spürnasen: Jann-Andrea T. und Sonar)



Linkspartei: Sammelbecken von Extremisten



Der morgen offiziell

vorgestellte Jahresbericht des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz beschäftigt sich auf sechs Seiten mit der [Unterwanderung der Linkspartei durch Extremisten](#) und kommunistische Altkader. Stärkste Einzelgruppe mit 840 Mitgliedern innerhalb der Linkspartei ist die „Kommunistische Plattform“ (KPF), gefolgt von der „Sozialistischen Linke“ (550 Mitglieder), der pro-kubanischen „Arbeitsgemeinschaft Cuba Si“ (420 Mitglieder) und dem „Marxistischen Forum“ (MF), das 60 Mitglieder zählt. Zum Selbstverständnis dieser Gruppen gehört ausdrücklich der „außerparlamentarische Kampf um gesellschaftliche Veränderungen“.

(Spürnasen: schmibrn, Denker)